

Tag, als bei der Einweihungszeremonie der Kronprinz Olav zum erstenmal in der Geschichte der norwegischen Juden die Synagoge betrat. Inzwischen hat die Gemeinde Dr. Salomon Aronson als Oberrabbiner ernannt."

Von norwegischer Seite wird uns durch Ole F. Olden berichtet, der von der norwegischen Regierung aufgefordert wurde, die Unterrichtsarbeit und die Wohlfahrtspflege zu leiten und daher Kenntnisse als Augenzeuge besitzt:

„Noch ist die Wohnungsnot in ganz Norwegen groß, da noch viele unter ungünstigen Wohnungsverhältnissen leben. Langsam wird es besser. Nicht alles ist glatt verlaufen. Es waren ja unter den Einwanderern auch einige, die sich nicht ohne weiteres zurechtfinden konnten, und auch ergaben sich verschiedene Schwierigkeiten unter den Norwegern selbst, was die Anpassung erschwert hat. Aber im Großen und Ganzen kann man sagen, daß es gut gegangen ist, in den meisten Fällen sogar sehr gut.

Ferner sind noch zwei andere Tatsachen zu erwähnen: Die eine ist der Empfang von jüdischen Kindern aus verschiedenen Ländern, z. B. hauptsächlich aus Tunis. Dies sind erholungsbedürftige Kinder, deren Eltern nach Palästina auswandern wollen. Soviel ich weiß, bleiben sie gewöhnlich ca. 6 Monate. Bekannt durch die Weltpresse ist das Unglück mit dem Flugzeug, bei dem nur ein einziges Kind Isaac Allal gerettet wurde. Anlässlich dieses Unglücks hat Norwegen eine große Geldsammlung veranstaltet und zwar, um ein ganzes jüdisches „Kibbutz“ mit norwegischen Häusern zu versorgen."

Im vergangenen Oktober hat Norwegen als Gäste des norwegischen Volkes 100 blinde DP's aufgenommen. Schweden hat sich bereit erklärt, 150 Tbc-krankte DP's und 150 ihrer Angehörigen aufzunehmen.

81) Das Ende des UNO-Staates Jerusalem

Als der Treuhandschaftsrat der Uno im Genfer Palais des Nations am 4. April 1950 das Statut für die *Internationalisierung* Jerusalems und Umgebung mit den Stimmen Argentiniens, Australiens, Belgiens, der Dominikanischen Republik, Chinas, Frankreichs, Iraks, Neuseelands und der Philippinischen Republik ohne offene Opposition, aber mit zwei bedeutsamen Stimmenthaltungen, nämlich Großbritanniens und der USA angenommen hatte, erhob sich die Frage der Verwirklichung des geplanten UNO-Staates Jerusalem. Denn der Treuhandschaftsrat war ja von der Generalversammlung der UNO am 9. Dezember 1949 nicht nur mit der Ausarbeitung der Verfassung dieses zukünftigen internationalen Gebildes, sondern auch dessen praktischer Durchsetzung gegen allfällige Widerstände betraut worden. Und im Lauf der Genfer Beratungen hatten die beiden Besatzungsmächte von Jerusalem, Jordanien und Israel, keinen Zweifel darüber walten lassen, daß sie mit diesem Statut nichts zu tun haben wollten. Als man nun in die Phase der Ausführung trat, verstärkte sich die Atmosphäre des Skeptizismus, die den Ratsaal während Wochen erfüllt hatte, wiederum mächtig. Es kam zu einem Kompromiß zwischen den Freunden des UNO-Staates, seinen offenen und versteckten Gegnern. In einer vorsichtigen Resolution wurde der Präsident des Treuhandschaftsrates, der französische Diplomat Garreau, von diesem beauftragt, den Text des Statuts von Jerusalem den Regierungen von Tel-Aviv und Amman zur Kenntnis zu bringen und sie zu ersuchen, an der Verwirklichung des UNO-Staates von Jerusalem mitzuwirken. In der nächsten Session des Treuhandschaftsrates sollte dann Garreau seinen Kollegen über den Erfolg seiner Bemühungen Bericht erstatten...

Kaum hatten die Väter der Verfassung des zukünftigen UNO-Staates Jerusalem Genf den Rücken gewandt, als sich der politische Hintergrund des Problems wieder einmal wandelte. Am 17. April teilte der ständige Vertreter der Sowjetunion bei der UNO, Yakow A. Malik, dem Generalsekretär der UNO mit, daß die Regierung der Sowjetunion der Resolution der Generalversammlung vom 9. Dezember 1949 nicht mehr ihre Unterstützung gewähren könne, da die von ihr bezweckte Gründung eines UNO-Staates Jerusalem weder die arabische noch die jüdische Bevölkerung sowohl Jerusalems wie ganz Palästinas befriedige. Damit war der Staatenblock vom 9. Dezember

1949, der den Treuhandschaftsrat mit seiner schwierigen Aufgabe betraut hatte, von Moskau *torpediert* worden: Dies löste in Tel-Aviv und in Amman natürlich Genugtuung aus, und die Zukunft sollte nun zeigen, ob die mohammedanischen und katholischen Länder allein, unter denen sich nur noch eine Großmacht befand, nämlich Frankreich, der Aktion Garreaus das so sehr benötigte Gewicht und Prestige verleihen könnten.

Als zu Beginn des Monats Juni der Treuhandschaftsrat das Problem Jerusalem wieder aufgriff, stand er vor einem Scherbenhaufen. Roger Garreau konnte nur gestehen, daß seine Mission, die „volle Mitarbeit“ Israels und Jordaniens zur Durchführung des UNO-Staates Jerusalem zu erlangen, mit einem *Fiasko* geendigt hatte. Garreau hatte die Absicht gehabt, persönlich nach Tel-Aviv und Amman zu reisen, um dort die nähern Modalitäten dieser „Mitarbeit“ zu besprechen. Bitter klagte Garreau darüber, daß sich die Regierung des Haschemitischen Königreiches selbst geweigert habe, mit dem Präsidenten des UNO-Treuhandschaftsrates zu konferieren. Deshalb verzichtete Garreau auch auf den Besuch in Tel-Aviv. Garreau gab der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht eine „Kompromißlösung“ zum Schutz der heiligen Stätten in Jerusalem gefunden werden könne; von einer Erzwingung des Statuts war bei ihm nicht mehr die Rede.

Gleichzeitig mit der formellen Ablehnung des in Genf ausgearbeiteten Statuts hatte Tel-Aviv zu einem neuen diplomatischen Vorstoß ausgeholt. Die Regierung von Israel erklärte sich einverstanden mit einem von der Generalversammlung der UNO erlassenen Statut, durch welches die Aufrechterhaltung der *heiligen Stätten* in Jerusalem, der Zugang zu ihnen, die Rechte der verschiedenen Religionsgemeinschaften an ihnen, etc. unter den Schutz eines *UNO-Organs*, einer Art „Kurator“ dieser heiligen Stätten gestellt werde: dieses Statut sollte auf dem Willen der UNO-Versammlung und nicht etwa vertraglichen Abmachungen mit den interessierten Staaten — wie das früher schon vorgeschlagen worden war — basieren. Allerdings setzte dieses Regime auch voraus, daß neben Israel auch Jordanien ihm die Zustimmung erteile. Hier erhebt sich nun eine Schwierigkeit. Denn die mehr als 30 anerkannten heiligen Stätten Jerusalems liegen mit Ausnahme von zweien *innerhalb* der *Jordanischen Besatzungszone*, also in der Jerusalemer Altstadt und deren Umgebung. Und Jordanien hat stets eine internationale Kontrolle abgelehnt. Auf noch größeren jordanischen Widerstand würde wohl ein Alternativvorschlag Tel-Aviv stoßen, der die Errichtung eines internationalen Regimes anregt, das 1½ Quadratmeilen innerhalb der Altstadt von Jerusalem und deren unmittelbarer Umgebung umfassen würde: eine territoriale Hypothek, die fast ausschließlich von Jordanien zu tragen wäre.

Zur Verhandlung kam dieser Vorschlag von Israel im Treuhandschaftsrat allerdings nicht; dieser ist seiner Linie, sich nur mit dem Mandat der UNO-Versammlung, also der Errichtung eines UNO-Territoriums in Jerusalem und Umgebung in dem vollen Umfang der Resolution vom 9. Dezember 1949 zu befassen, treu geblieben. Aber am 14. Juni beschloß der Treuhandschaftsrat mit 9 Stimmen gegen 1 (Irak) und der Enthaltung der Philippinen, den Mißerfolg seiner Bemühungen zur Internationalisierung Jerusalems festzustellen und das ganze Problem wieder der UNO-Versammlung zu weiterem Studium zu überweisen.

Der Bericht des Treuhandschaftsrates an die Versammlung der UNO weist trotz der Opposition der Delegation des Iraks auf den Vorschlag der israelischen Regierung hin über ein UNO-Regime für die heiligen Stätten. Es wird sich an der nächsten UNO-Versammlung nun erweisen, ob angesichts der Schwierigkeiten der Errichtung eines UNO-Staates mit territorialen Herrschaftsbefugnissen, über Jerusalem und Umgebung diese bedeutend bescheidenere Formel einer UNO-Aufsicht über die heiligen Stätten mehr Chancen hat als dies früher der Fall war. Am 9. Dezember 1949 traten in der UNO-Versammlung 37 Staaten für diesen UNO-Staat ein; 14 stimmten dagegen und 7 enthielten sich der Stimme. Selbst wenn die Sowjetunion mit ihren Satelliten — sofern überhaupt diese Staaten im nächsten Herbst in Lake Success anwesend sein würden — in das

Lager der Gegner des UNO-Staates übertraten, so ist deren zahlenmäßige Überlegenheit in diesem Forum nicht gesichert; aber die bitteren Erfahrungen, welche mit dem geplanten UNO-Staat gemacht wurden, werden vielleicht doch dazu führen, daß sich ein genügend großer Harst um den Plan eines beschränkten internationalen Schutzes der Heiligen Stätten, sammelt. Über die praktischen Chancen dieser weniger ambitionösen Lösung des Problems läßt sich heute noch nichts Sicheres sagen: sie hängen zum größten Teil ab von der Weiterentwicklung des politischen Spiels im Vorderen Orient, das sich ja gegenwärtig im vollen Fluß befindet. R.O.E.

(In: „Basler Nachrichten“, 106 [Basel, 22. 6. 50] Nr. 280)

8m) Israel und die Ermordung des Grafen Bernadotte
TEL AVIV, 19. Juni. (United Preß). Die Regierung Israels richtete an Schweden eine Note, in der sie sich mit den Beschuldigungen auseinandersetzt, die Ermordung Graf Bernadottes hätte bei Vornahme der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vermieden werden können und die Nachforschungen nach den Mördern seien nicht entschlossen genug geführt worden. In beiden Punkten gibt die Regierung Israels zu, Unterlassungssünden begangen zu haben.

Zum ersten Punkte wird festgestellt, daß zur Zeit des Anschlages — dem 17. September 1948 — „chaotische Zustände“ geherrscht hätten. Damals seien kaum vier Monate seit der Unabhängigkeitserklärung Israels vergangen gewesen. Die Regierung Israels hätte jedoch eine „weisere Haltung“ an den Tag legen können und nicht stillschweigend annehmen sollen, daß der Vermittler der Vereinigten Nationen eine Schutzbegleitung „nicht wünsche“.

Zum zweiten Punkte wird bemerkt, Schweden sei völlig im Recht, „Lücken und Unterlassungen“ bei der Untersuchung des Mordfalles durch die Behörden Israels zu beanstanden. In der Note werden folgende Unterlassungen zugegeben: Der Tatort ist nicht abgesperrt worden, der Tatort und das Automobil Bernadottes wurden nicht untersucht, die Mitglieder der Reisegesellschaft des Grafen wurden nicht einvernommen, die bei der Stern-

bande konfiszierten Waffen wurden nicht untersucht, die im Stützpunkte der Sterngruppe in Jerusalem beschlagnahmten Fahrzeuge wurden nicht daraufhin untersucht, ob eines von ihnen mit dem von den Mördern verwendeten Jeep identisch sei, und schließlich wurde die Konfrontierung von Verdächtigen mit Augenzeugen unterlassen.

(In: „Basler Nachrichten“, 106 [Basel, 20. 6. 50] Nr. 255)

STOCKHOLM, 6. Juli. (United Preß). Die schwedische Regierung teilte der Regierung Israels mit, daß sie mit den letzten Untersuchungsergebnissen über die Ermordung des Prinzen Bernadotte befriedigt sei und daß sie den Gedankenaustausch auch über diese Angelegenheit als beendet betrachte. Die Erklärung führt aus, die schwedische Regierung nehme mit Befriedigung Kenntnis davon, daß die Regierung Israels die Mängel des ursprünglichen Polizeiberichts anerkenne und bedauere.

(Dass. [Basel, 7. 7. 50] Nr. 284)

Die israelische Regierung hat eingewilligt, einen Gesamtbetrag von 54 528 Dollar an die Vereinten Nationen für die Schäden, die durch die Ermordung des U. N. palästinensischen Vermittlers Graf Folke Bernadotte entstanden sind, zu bezahlen, eine offizielle Entschuldigung abzugeben und die Suche nach den Mördern fortzusetzen.

(In: The Jews in the News [Californien, Juli 1950] Nr. 34)

8n) Schweden anerkennt Israel de iure

STOCKHOLM. Die schwedische Regierung hat beschlossen, Israel de jure anzuerkennen, wie am Donnerstag in Stockholm offiziell mitgeteilt wurde. Zur gleichen Zeit ist Schweden bereit, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Bisher hatte Schweden die Anerkennung Israels von der Aufklärung des Mordes an Graf Bernadotte und der Bestrafung der Schuldigen abhängig gemacht.

(In: „Die Welt“, 5 [Hamburg, 14. 7. 50] 162)

9. KLEINE NACHRICHTEN

9a) Ein Jude rettete den Hamburger Bürgermeister

In der „Arbeiter-Zeitung“ Basel ist ein Interview von Alfred Joachim Fischer mit dem gegenwärtigen Senatspräsidenten und ersten Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, wiedergegeben. Darin wird erzählt, wie der ehemalige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Altona in der Weimarer Zeit sich dem Zugriff der Hitler-Schergen hat entziehen können und nach vielen Umwegen, die ihn u. a. nach Genf führten, nach Amerika hat gelangen können:

„Durch nationalsozialistisches Intrigenspiel verhaftete man ihn in der Pariser Umgebung. Nicht ohne Mühe befreiten ihn seine Freunde. Nunmehr war Brauer der europäischen Boden zu heiß geworden. Um nach Amerika zu gelangen, brauchte er aber eine offizielle Einladung. Sie erfolgte von einem Freunde aus der Genfer Völkerbundzeit: Nachum Goldmann, dem „Außenminister“ des Jüdischen Weltkongresses... Max Brauers Rettung nach Amerika erfolgte also durch einen Juden. Darin liegt kein bloßer Zufall. Während seiner Odyssee begleitete ihn wie ein getreuer Schatten der jüdische Freund Katz, heute Justizminister des Landes Schleswig-Holstein. Vor allem aber war Brauer Zionist, solange er nur denken konnte. In Deutschland hatte er das Pro-Palästina-Komitee begründet und gehörte zu den eifrigsten nichtjüdischen Kampfern für die moderne Zionsidee.“

(In: JUNA Korrespondenz, Zürich, 22. 2. 50)

9b) Ein Akt der Dankbarkeit

Der kanadisch-jüdische Kongreß hat die Kosten für die Überfahrt und die Einordnung einer katholischen Familie aus Polen übernommen. Der betreffende Bauer hatte

einem Juden, der aus einem Lager geflüchtet war, Unterkunft während der ganzen deutschen Besetzungszeit gewährt und dazu noch weitere acht Juden in seinem Keller versteckt und ernährt. Er wurde deswegen von polnischen Antisemiten belästigt und wandert jetzt aus.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 23. 6. 50] 25, S. 12)

9c) 5000 Juden waren in Berlin versteckt

Nun werden auch die Tatsachen über die Rettung von Juden durch deutsche Familien bekannt. Man rechnet damit, daß etwa 5000 Juden allein in Berlin dem Schicksal der Deportation entgingen, weil sie von nichtjüdischen Familien versteckt gehalten wurden.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 9. 6. 1950] 23, S. 12)

9d) Gesamtvertretung der Juden gegründet

Am 19. Juli haben sich auf einer Sitzung in Frankfurt a. M. die Organisationen der Juden in Deutschland zu einer Gesamtvertretung zusammengeschlossen, die den Namen „Zentralrat der Juden in Deutschland“ führt. Der „Zentralrat“ wird durch ein aus vier Personen bestehendes Direktorium und einen aus 15 Delegierten gebildeten Rat repräsentiert. Der Sitz des „Zentralrates“ ist Frankfurt a. M. (dpa.).

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“, 5 [Düsseldorf, 28. 7. 50] 16. S. 1)

9e) Volle Rechte für heimatlose Ausländer

Gesetzesvorlage über die Rechtsstellung der DP's.

Die heimatlosen Ausländer, die nicht auswandern werden, sollen im vollen Umfang Gelegenheit erhalten,